Auftrag

VOLIA, VO

Vergaberecht und Vergabemanagement

Praxisseminare

September 2016

Praxisseminare des Behörden Spiegel

Die Nutzung neuer Lernwege in der Fortbildung innerhalb der öffentlichen Verwaltung gewinnt immer stärker an Bedeutung.

Die Seminare und Workshops des Behörden Spiegel dienen insbesondere durch ihre Praxisorientierung dem Ziel, das Leistungspotenzial der Mitarbeiter zu erhalten und zu erweitern sowie die breite dienstliche Verwendbarkeit zu sichern und damit die Qualität und Flexibilität der Verwaltung zu erhöhen. Auf der Grundlage der verschiedenen Disziplinen der Verwaltungspraxis wird modernes Führungswissen vermittelt und das Fachwissen an den aktuellen Stand der Erkenntnisse angepasst. Gleichzeitig sind die Seminare eine Plattform des Erfahrungsaustauschs der Teilnehmer untereinander und ein Forum, in dem praktische Erkenntnisse aufeinander treffen und sich wechselseitig bereichern.

Neue Lernwege nutzen und Erfahrungen austauschen in den Praxisseminaren des Behörden Spiegel:

- ✓ Die Qualität und Flexibilität der Verwaltung wird erhöht.
- ✓ Das Leistungspotenzial wird erweitert.
- ✓ Modernes Führungswissen wird vermittelt und das Fachwissen an den aktuellen Stand angepasst.
- ✓ Praktische Erkenntnisse treffen aufeinander und bereichern sich wechselseitig.

Das September-Programm im Überblick

Bau und Betrieb von Asylbewerberunterkünften	4
Einzelbieter, Bietergemeinschaften und Nachunternehmer	6
Einführung in die EVB-IT	8
Beschaffung von Postdienstleistungen	10
Vergaberecht für Auftragnehmer und Bieter	12
Vergabeverfahren und Vertragsgestaltung in agilen IT-Projekten der öffentlichen Hand	14
Vergabe von Reinigungsleistungen	16
Ausschreibungen von IT – praxisorientiert und rechtssicher	18
Gebrauchte Softwarelizenzen für Behörden	20
Vergabegesetze der Länder	22
Vergabe und Gestaltung von Wartungsverträgen	24
Top 10 des neuen Vergaberechts	26
Vergabe von Dienstleistungskonzessionen	28
Inhouse-Vergaben	30
Allgemeine Informationen, Organisatorisches, Ansprechpartner	32
Anmeldeformular	34

Bau und Betrieb von Asylbewerberunterkünften

09. September 2016, Berlin

Viele Kommunen meinen, Vergaberecht würde bei der Beschaffung von Asylbewerberunterkünften nicht gelten. Zahlreiche Erlasse und Rundschreiben von Bund, Ländern und EU stellen die Erleichterungen aufgrund der aktuellen Flüchtlingszahlen dar. Dies bedeutet aber keine Befreiung vom Vergaberecht. In dem Seminar wird der Vorsitzende Richter Dicks des Vergabesenats am Oberlandesgericht Düsseldorf den aktuell geltenden Vergaberechtsrahmen erläutern.

Zeitdruck, Flexibilität und Rechtssicherheit sind nicht immer leicht zu vereinbaren. Miete, Kauf, Neubau, Betrieb oder die Kombination der Möglichkeiten stellen hohe Anforderungen an komplexe Vergabeverfahren.

Mit dem Seminar "Bau und Betrieb von Asylbewerberunterkünften" liefert der Behörden Spiegel Antworten auf viele Fragen. Das Seminar stellt für die Vertreter von Kommunen praxisnah dar, wie sie die benötigten Unterkünfte rechtssicher und schnell beschaffen können. Erfahrene Praktiker referieren zusätzlich aus ihrem Bereich und geben wertvolle Tipps.

Themenüberblick, 10:00 – 15:00 Uhr:

Bürokratieabbau durch Flüchtlinge? Was ändert sich praktisch im Vergaberecht?

- Vergaberechtlicher Rechtsrahmen
- Erleichterungen durch Erlasse?
- Praxistipps

Umsetzungsmodelle in der Praxis

- Lösungen und Gestaltungsmöglichkeiten
- Rechtliche Anforderungen an die Unterkünfte
- Handlungsspielräume nutzen
- Praxistipps

Bau und Beschaffung von Asylbewerberunterkünften

- Vorüberlegungen
- Standortauswahl
- Einbindung der Politik
- Öffentlichkeitsarbeit zum Projekt
- Konkrete Umsetzung

Optimale Realisierung im Vergabeverfahren

- Ablauf des Vergabeverfahrens
- Know-how der Bieter einbinden
- Häufige Fehler
- Praxistipps

Fragen und Antworten, Diskussion

Referenten:

Dr. Jens Biemann, Rechtsanwalt in der Sozietät HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK

Rechtsanwältin **Dr. Ute Jasper**, Leiterin Dezernat Public Sector, Partnerin der Sozietät HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK

Ort:

Das Seminar findet in einem zentral gelegenen Tagungshotel in Berlin statt.

Gebühr:

300,- Euro zzgl. MwSt.

Einzelbieter, Bietergemeinschaften und Nachunternehmer

Anforderungen an die Teilnehmer im Vergabeverfahren

19. September 2016, Köln

Die Vergabepaxis zeigt, dass die Eignung der Bieter in den Ausschreibungen oftmals nur eine untergeordnete Rolle spielt. So sind sich Vergabestellen wie auch Bieter über die Möglichkeiten und Grenzen bei der Aufstellung bzw. Erfüllung von Eignungsanforderungen selten bewusst. Eine erfolgreiche Ausschreibung beginnt jedoch bereits mit dem richtigen Zuschnitt des Bieterkreises und damit mit der richtigen Auswahl der Eignungskriterien durch die Vergabestellen. Aber auch der Bieter muss für eine erfolgreiche Teilnahme die Fallstricke und Handlungsspielräume kennen, um nicht Gefahr zu laufen, vom Verfahren wegen unzureichender oder unvollständiger Eignungsnachweise ausgeschlossen zu werden. Das Seminar richtet sich damit sowohl an die Entscheider in den Vergabestellen wie auch an die Vergabepraktiker in den Unternehmen. So sollen in dem ersten Seminarteil den Teilnehmern typische Problemfelder bei der Aufstellung und Erfüllung von Eignungsanforderungen anhand aktueller Rechtsprechung aufgezeigt und gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. Im zweiten Teil des Seminars stehen dann Praxisfragen im Zusammenhang mit einer gemeinschaftlichen Verfahrensbeteiligung von Unternehmen im Mittelpunkt. Schließlich soll ausreichend Zeit verbleiben, um auf die individuellen Fragen der Teilnehmer einzugehen und diese zu diskutieren.

Themenüberblick, 09:30 – 14:30 Uhr:

Eignungsanforderungen – Typische Problemkreise

- Steuerung der Vergabe über die richtige Auswahl der Eignungskriterien
- Richtige Abgrenzung von Eignungs- und Sachkriterien – Neuerungen durch die 7. VgV-Novelle und die neuen EU-Vergaberichtlinien
- Auf welchen Zeitpunkt kommt es für die Bieterreignung an?
- Kein "Mehr an Eignung" oder doch?
- Eignungsleihe – Anforderungen und Grenzen
- Projektanten und Newcomer – Möglichkeiten und Grenzen der Teilnahme am Wettbewerb
- Nachfordern von Eignungsnachweisen – Grenzen und Spielräume

Bietergemeinschaften

- Zulässigkeit und Grenzen von Bietergemeinschaften nach der aktuellen Rechtsprechung
- Risiken und Chancen von Bietergemeinschaften bei der Ausschreibung
- Formfragen
- spezielle Eignungsfragen

Nachunternehmen

- Abgrenzung von Nachunternehmerleistungen zu sonstigen Beistellungen und ihre rechtlichen Folgen für die Ausschreibung
- Welche Eignungsanforderungen müssen Nachunternehmen erfüllen?
- Welche Anforderungen gelten nach den neuen Landesvergabegesetzen (z.B. TVgG NRW)?
- Wann müssen Nachunternehmen der Vergabestelle gegenüber benannt werden?

“Identitätskrisen“

- Zulässigkeit und Grenzen von Doppel- und Mehrfachbeteiligungen von Bietern
- Änderung von Bietergemeinschaften und Nachunternehmen während der Ausschreibung und nach Zuschlagserteilung

Referent:

Dr. Lars Hettich, Rechtsanwalt, Kanzlei LLR LegerlotzLaschet Rechtsanwälte

Ort:

Kanzlei LegerlotzLaschet

Mevissenstraße 15, 50668 Köln

Hinweise zur Anfahrt finden Sie unter: www.llr.de/de/anfahrt.htm

Gebühr:

250,- Euro zzgl. MwSt.

Einführung in die EVB-IT

20. September 2016, Berlin

Die EVB-IT, die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen, sind mit Vertretern der IT-Industrie abgestimmte Vertragsbedingungen der Öffentlichen Hand, die diese zur Beschaffung von IT-Leistungen auf Basis der VOL/A und VOL/B einsetzt. Hierzu verhandelt regelmäßig eine Arbeitsgruppe des Kooperationsausschusses Automatisierte Datenverarbeitung Bund /Länder/Kommunaler Bereich (KoopA ADV), der auch der Seminarleiter angehört, unter Leitung des Bundesministeriums des Innern mit einer Verhandlungsdelegation des BITKOM. Nunmehr untersteht diese Arbeitsgruppe dem neu geschaffenen IT-Planungsrat. Die EVB-IT lösen seit 2002 nach und nach die Vorgängerbedingungen, namentlich die "Besonderen Vertragsbedingungen für die Beschaffung DV-technischer Anlagen und Geräte" (BVB) ab. Sowohl im Bund als auch in den Ländern ist die Anwendung der EVB-IT bzw. der noch geltenden BVB aufgrund des Haushaltsrechts verbindlich vorgegeben. Für den Bund ergibt sich dies aus der Verwaltungsvorschrift zu § 55 BHO und in den Ländern aus entsprechenden Anwendungserlassen.

Die Teilnehmer des Seminars werden mit den Grundlagen der EVB-IT, den insoweit relevanten Vorschriften der VOL/A und VOL/B und den verschiedenen EVB-IT-Vertragstypen vertraut gemacht. Die verschiedenen AGB und die jeweiligen Vertragsformulare werden vom Seminarleiter vorgestellt und gemeinsam erörtert. Anhand von Beispielfällen soll die praktische Verwendung der EVB-IT geübt werden.

Programm, 09:30 – 17:30 Uhr:

Die Liste der zu behandelnden Themen sowie auch der Zeitrahmen werden jeweils in Abhängigkeit von den zu Beginn des Seminars von den Teilnehmern geäußerten Wünschen gestaltet, so dass es sowohl zu einer anderen Reihenfolge der Themen als auch zu unterschiedlichen Zeiteinsparungen für die Themenkreise kommen kann.

- Anwendungsbereich, Abgrenzungen, Verhältnis zu VOL/B und BGB
- Vertragssystematik, Aufbau und Struktur der EVB-IT
- Die einzelnen EVB-IT im Überblick:
 - EVB-IT Überlassung Typ A und Typ B
 - EVB-IT Dienstleistung
 - EVB-IT Kauf
 - EVB-IT Pflege S
 - EVB-IT Instandhaltung
 - EVB-IT Systemvertrag
 - EVB-IT Systemlieferungsvertrag
- Praxisübung: Abbildung eines Beispielfalls in den EVB-IT

Referent:

Rechtsanwalt **Norman Müller**, TCI Partnerschaft von Rechtsanwälten Müller Schmidt Berater der Arbeitsgruppe, die auf Seiten der öffentlichen Hand die EVB-IT verhandelt.

Ort:

NH Berlin Mitte

Leipziger-Str. 106 - 111, 10117 Berlin

Hinweise zur Anfahrt finden Sie unter:

<http://www.nh-hotels.de/hotel/nh-berlin-mitte>

Gebühr:

450,- Euro zzgl. MwSt.

Beschaffung von Postdienstleistungen

20. September 2016, Bonn

Behördenpost ist Vertrauenssache. Die Beschaffung von sicheren Postdienstleistungen führt in der Praxis allerdings häufig zu Problemen für öffentliche Auftraggeber. Seit der Liberalisierung des Postsektors ist der Markt für Postdienstleistungen unübersichtlich geworden. Das komplexe, aber allseits zu beachtende Postrecht ist vielen Auftraggebern fremd. Überdies führt das ohnehin unübersichtliche Vergaberecht durch eine Reihe von speziellen Entscheidungen, die je Bundesland variieren, zu einer weiteren Verkomplizierung. Neben alledem ist der Postmarkt hart umkämpft, d.h. die Vergabeverfahren zur Beschaffung von Postdienstleistungen stehen unter besonderer Beobachtung.

Das Seminar vermittelt öffentlichen Auftraggebern, die sich mit der Vergabe von Postdienstleistungen beschäftigen müssen, durch Referenten aus Verwaltung, Rechtsberatung und Regulierungsbehörde in praxisgerechter Vermittlung das Rüstzeug, rechtssicher qualitätsgerechte Postdienstleistungen beschaffen zu können. Hierzu gibt es einen aktuellen Einblick in die Marktlage und wissenswerte postrechtliche Eigenheiten. Außerdem wird ein fundierter Einblick in die vergaberechtliche Rechtsprechung zu Postdienstleistungen ermöglicht. Schließlich wird durch ein gemeinsam zu lösendes Praxisbeispiel erworbenes Wissen angewandt bzw. vertieft.

Themenüberblick, 09:30 – 17:30 Uhr:

Der Postmarkt

- System des Postrechts
- Aktuelle und künftige Gesetzessituation
- Marktlage und -probleme

Beschaffung von Postdienstleistungen

- System des Vergaberechts
- Vergabeverfahren und deren Ablauf
- Einordnung von Postdienstleistungen
- Strukturierung von Postvergaben
- Sonderproblem Nachunternehmer
- Sonderproblem Bewertung
- Aktuelle Rechtsprechung

Praxisfall

- Formulierung Vergabeunterlagen
- Prüfung der Eignung
- Wertung der Angebote
- Vergabeakte

Referenten:

Dr. Klaus Greb, Rechtsanwalt und Partner, avocado rechtsanwälte
Steffen Jäger, Stabsstelle Innere Verwaltung, Landratsamt Heilbronn
Manfred Schäfer, Referatsleiter, Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Ort:

Gustav-Stresemann-Institut
Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
Hinweise zur Anfahrt finden Sie unter: www.gsi-bonn.de

Gebühr:

450,- Euro zzgl. MwSt.

Vergaberecht für Auftragnehmer und Bieter

Angebote rechtssicher und erfolgreich gestalten

21. September 2016, Berlin

Die Bewerbung um öffentliche Aufträge stellt für die Bieterseite vielfach eine besondere Herausforderung dar. Die Unkenntnis der zu beachtenden formalen Anforderungen an die Angebote führt vielfach dazu, dass wirtschaftlich aussichtsreiche Offerten nicht zur Beauftragung vorgesehen werden können. Die kleinen, aber mitunter relevanten Unterschiede zwischen der VOB/A und der VOL/A tragen in diesem Rahmen nicht dazu bei, die Angebotserstellung für die Bieterseite zu erleichtern.

Ziel dieses Seminars ist es, anhand von anschaulichen Beispielen und im interaktiven Austausch mit den Teilnehmern das erforderliche Wissen zu vermitteln, was unter Berücksichtigung auch der aktuellen Entwicklung im Vergaberecht bei der Ausarbeitung eines optimalen Angebots sowohl nach VOL/A als auch VOB/A zu beachten ist. Häufige Fallstricke und Strategien zu ihrer Umgehung werden ebenso aufgezeigt wie Spielräume, die die Bieter gezielt im Rahmen einer Angebotsstrategie für sich nutzbar machen können. Anhand von Beispielen aus der Praxis und im Dialog mit den Teilnehmern werden unmittelbar umsetzbare Handlungsempfehlungen ausgearbeitet.

Themenüberblick, 09:30 – 17:30 Uhr:

I. Grundlagen des Vergabeverfahrens

- Systematischer Überblick
- Bedeutung und Ermittlung der Schwellenwerte
- Öffentliche Auftraggeber und öffentlicher Auftrag
- Spielräume in den verschiedenen Vergabeverfahrensarten
- Relevante Fristen und Termine
- Mittelständische Interessen und Losvergabe
- Mitwirkungsverbote und Projektantenstellung
- Chancen von Nebenangeboten

II. Formale Anforderungen an Angebote

- Zwingend auszuschließende Angebote
- Folgen fehlender Erklärungen und Preise
- Bedeutung für die Angebotserstellung

III. Der Nachweis der Eignung

- Eignungsnachweise und Beurteilungsspielraum
- Bietergemeinschaften und Nachunternehmer
- Berücksichtigung von (schlechten) Erfahrungen

IV. Die Angemessenheit der Preise und die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

- Umgang mit preislich auffälligen Angeboten
- Angebotspreis und andere Zuschlagskriterien
- Mitteilungs- und Transparenzpflichten
- Abgrenzung von Eignungs- und Leistungskriterien

V. Verfahrensbeendigung durch Aufhebung

VI. Grundzüge des Rechtsschutzes

Referent:

Dr. Thomas Kirch, LEINEMANN PARTNER RECHTSANWÄLTE

Ort:

Kanzlei LEINEMANN PARTNER RECHTSANWÄLTE
Friedrichstr. 185/190, 10117 Berlin

Gebühr:

450,- Euro zzgl. MwSt.

Vergabeverfahren und Vertragsgestaltung in agilen IT-Projekten der öffentlichen Hand

21. September 2016, Berlin

Mit agilen Entwicklungsmethoden werden IT-Projekte auch in der öffentlichen Verwaltung leichter steuerbar und transparenter. Auftraggeber und Auftragnehmer können gemeinsam leichter auf unvorhergesehene Veränderungen im Projektverlauf reagieren. Der Bedarfsträger sieht frühzeitig Projektergebnisse und kann seine Anforderungen im Projektverlauf präzisieren und an auftretende Veränderungen anpassen. Dies stellt bei so dynamischen Materien wie etwa der Informationstechnologie einen echten Mehrwert dar.

Klassische Methoden der Softwareentwicklung gehen davon aus, dass die Anforderungen an ein IT-System zu Beginn der Entwicklung in einem Lastenheft bzw. einer Leistungsbeschreibung vollständig und detailliert beschrieben werden. Agile Methoden sind im Gegensatz dazu so ausgelegt, dass ein IT-System iterativ entwickelt wird und die Anforderungen erst im Projektverlauf schrittweise detailliert bzw. angepasst werden.

Zentrale Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung bei agilem Vorgehen sind daher die Gestaltung der Vergabeverfahren und der vertraglichen Regelungen. Denn das Vergaberecht verlangt eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung, so dass alle Bewerber die Beschreibung im gleichen Sinne verstehen müssen und dass miteinander vergleichbare Angebote zu erwarten sind. Zudem wird ein bereits erteilter Auftrag bei wesentlicher Änderung des Leistungsgegenstandes möglicherweise wieder ausschreibungspflichtig.

Das Seminar behandelt Vorgehensweisen zur vergaberechtskonformen Planung und Steuerung agiler IT-Projekte von der Verfahrensidee über das Vergabeverfahren bis hin zur Abnahme. Anhand von anschaulichen Beispielen und im interaktiven Austausch mit den Teilnehmern werden von den Referenten Ideen und Ansätze vermittelt und diskutiert.

Themenüberblick, 09:30 – 17:00 Uhr:

Prinzipien der agilen Software-Entwicklung

- Projekt-Rollen am Beispiel von Scrum
- Iterative Entwicklung
- Anforderungsmanagement in agilen Projekten

Vergabeverfahren für agile Projekten

- Relevante Vergabeverfahrensarten
- sinnvolle Eignungsanforderungen
- Herausforderung Leistungsbeschreibung
- Ungewöhnliches Wagnis vs. kalkulationsrelevante Umstände
- Erstellung Preisblatt

Vertragsgestaltung für agiles Vorgehen

- Abgrenzungsfragen: relevante (IT-) Vertragsformen
- agile Projekte vs. EVB-IT
- Besonders wichtige Regelungen

Planung und Steuerung agiler IT-Projekte

- Releaseplanung
- Kommunikation AG-AN
- QS und Risikomanagement

Referenten:

Werner Achtert, Leiter IT-Consulting Public Sector, msg systems ag, Ismaning

Rechtsanwalt **Günther Pinkenburg**, LL.M, MAYBURG Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, München

Ort:

Die Seminare findet in einem zentral gelegenen Tagungshotel in Berlin statt.

Gebühr:

450,- Euro zzgl. MwSt.

Vergabe von Reinigungsleistungen

21. September 2016, Berlin

Reinigungsleistungen werden von einer großen Anzahl öffentlicher Auftraggeber benötigt. Dem steht eine von technischen und rechtlichen Besonderheiten geprägte Branche gegenüber. Mit kaum einem anderen Bereich des Vergaberechts waren die Vergabenachprüfungsinstanzen in den vergangenen Jahren intensiver befasst. Dies stellt besondere Anforderungen an die Ausschreibung von Reinigungsleistungen. Das Gebot der Losvergabe, Eignungs- und Wertungsfragen, sozialversicherungs- und arbeitsrechtliche Aspekte sowie Umwelt- und Energieeffizienzgesichtspunkte sind nur einige der Themen, die Bedeutung erlangt haben. Die neuen Tariftreue- und Vergabegesetze einiger Bundesländer enthalten weitere Vorgaben, die bei Ausschreibungen zu beachten sind.

Erfahren Sie aus erster Hand, wie Sie Ausschreibungen effizient und rechtssicher gestalten und Fallstricke frühzeitig erkennen. Lernen Sie, wie Sie über eine ausgefeilte Leistungsbeschreibung eine wirtschaftliche Beschaffung sicherstellen. Namhafte Referenten vermitteln Ihnen Grundlagen und Besonderheiten der Reinigungsbranche. Praxistipps für den Umgang mit Bieterfragen und Rügen und ein Überblick über die aktuelle Rechtsprechung runden das Seminarprogramm ab.

Themenüberblick, 09:30 – 16:30 Uhr:

Rechtsrahmen und aktuelle Entwicklungen im Vergabe- und vertragsrechtlichen Bereich

- Vorbereitung der Ausschreibung
- Losaufteilung
- Eignungs- und Zuschlagskriterien
- Ausschluss unzuverlässiger Bieter
- Rechtssicherer Zuschlag
- Fehlerfreie Verfahrensdokumentation
- Umgang mit Bietergemeinschaften und Nachunternehmern
- Vermeiden von Formfehlern
- Strategischer Umgang mit Bieterfragen und Rügen
- Ernstfall Nachprüfungsverfahren
- Aktuelle Rechtsprechung aus 2013/2014

Reinigungsausschreibungen

- Zielführende Gestaltung der Leistungsbeschreibung
- Insbesondere funktionale Leistungsbeschreibung
- Inhaltliche Anmerkungen zu ratsamen Eignungsanforderungen
- Tipps und Tricks zur Aufschlüsselung von Kalkulationen
- Erkennen von und Umgang mit Unterkostenangeboten

Typische, rechtliche Fehler und Fallstricke aus der Praxis

- Fallstudie zu einem Musterverfahren
- Behördeninterne Besonderheiten/Strukturen/Konflikte
- Erfahrungen mit innovativer Leistungsbeschreibung/neuen Ansätzen
- Persönliche Erfahrungen im Umgang mit Bietern

Referenten:

Torsten Kohn, zertifizierter Sachverständiger im Gebäudereinigerhandwerk, Gebäudereinigermeister und Spezialist für Gebäudereinigungs-Management, Mitinhaber Fa. sarikohn

Dr. Daniel Soudry, LL.M., SOUDRY & SOUDRY Rechtsanwälte

Ort:

Das Seminar findet jeweils in einem zentral gelegenen Tagungshotel in Berlin statt.

Gebühr:

450,- Euro zzgl. MwSt.

Ausschreibungen von IT – praxisorientiert und rechtssicher Verknüpfung von rechtlichem Expertenwissen und Praxisbeispielen aus IT-Beratungsprojekten

22. September 2016, Hamburg

Eine leistungsfähige IT-Infrastruktur und prozessunterstützende Fachverfahren stellen das Rückgrat der modernen Verwaltung dar. Der Einkauf von Hard- und Software kann aber sowohl die Auftraggeber – wie auch die Bieterseite vor besondere Herausforderungen stellen. Neben den vielfach komplexen technischen Fragestellungen sind auch die Zwänge des Vergaberechts zu beachten. Ein effektives und zugleich rechtssicheres Vergabeverfahren bedarf daher einer sorgfältigen Verfahrensvorbereitung und -durchführung, wobei auch vergaberechtliche Gestaltungsspielräume auszunutzen sind. Auftraggeber wie auch Bieter können hier von den Lockerungen nach der VOL/A 2009 und auch neuen Tendenzen in der Rechtsprechung profitieren. Das Seminar vermittelt anhand von anschaulichen Beispielen und im interaktiven Austausch mit den Teilnehmern das erforderliche Wissen, wie unter Berücksichtigung der Zwänge des Vergaberechts auch fachlich ein sinnvoller Beschaffungsprozess aufgesetzt und durchgeführt werden kann. Neben den rechtlichen Grundlagen werden auch fachliche Aspekte interdisziplinär für die Vergabepaxis aufbereitet.

Themenüberblick, 09:30 – 17:30 Uhr:

Von der Bedarfsanalyse zu den fertigen Vergabeunterlagen

1. Rechtliche Grundlagen

- Bestimmung des Beschaffungsgegenstands und Produktneutralität
- Verpflichtung zur Losaufteilung
- Umgang mit ungewöhnlichen Wagnissen
- Nebenangebote
- Energieeffizienz

2. Fachliche Aspekte aus der Praxis

- funktionale und konstruktive Leistungsbeschreibung am Beispiel einer IT-Infrastrukturausschreibung
- strukturierte Anforderungsanalyse und Leistungsbeschreibung am Beispiel der Ausschreibung einer komplexen Softwarelösung

Prüfung und Wertung der Angebote

1. Formale Prüfung und auffällige Preisgestaltung

- Zwingend auszuschließende Angebote
- Die Folgen fehlender Erklärungen nach der VOL/A 2009
- Sinnvolle Gestaltung der Vergabeunterlagen
- Umgang mit ungewöhnlich niedrigen Angeboten

2. Eignungsanforderung und Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes

- Definition dienlicher Eignungskriterien und Möglichkeiten der Eignungsprüfung am Beispiel der IT-Infrastrukturausschreibung
- Aufbau und Anwendung einer Bewertungsmatrix und Darstellung von alternativen Bewertungsmethoden nach UfAB V am Beispiel der Ausschreibung einer komplexen Softwarelösung

Referenten:

Jörg Boche, ADVITEC Informatik GmbH

Rechtsanwalt Bastian Haverland, LEINEMANN PARTNER
RECHTSANWÄLTE

Ort:

Kanzlei LEINEMANN PARTNER RECHTSANWÄLTE

Ballindamm 7, 20095 Hamburg

Hinweise zur Anfahrt finden Sie unter: www.leinemann-partner.de

Gebühr:

450,- Euro zzgl. MwSt.

Gebrauchte Softwarelizenzen für Behörden

Rechtliche Rahmenbedingungen, Beschaffung, Verwaltung und Auditierung

22. September 2016, Bonn

Standardsoftware, etwa Betriebssysteme oder Office-Programme, verursachen erhebliche Kosten. Mit gebrauchter Software kann die Öffentliche Hand jedoch oft mehr als 50 Prozent der Kosten sparen. Einige Behörden nutzen daher diese Beschaffungsmöglichkeit bereits. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erklärte den Handel mit Gebrauchtsoftware schon im Juli 2012 für rechtmäßig. Der Bundesgerichtshof (BGH) schloss sich diesem Urteil im Januar 2014 vollumfänglich an.

Die Hersteller sind meist bekannt, die komplexen Lizenzierungsbedingungen allerdings nicht. Dass viele Behörden über- bzw. unterlizenziert sind, ist daher wenig überraschend. Auch vor dem Hintergrund künftiger Entwicklungen empfiehlt es sich, vor der Beschaffung neuer Lizenzen ein Angebot über gebrauchte Lizenzen einzuholen. Trotz vieler Vorteile haben insgesamt aber nur wenige Behörden tiefgehende Erfahrungen bzw. Kenntnisse im Handel mit gebrauchten Softwarelizenzen:

- Nur selten, und meist nur für wenige Benutzer, sind neueste oder sehr aktuelle Softwarelizenzen notwendig.
- Allein die Einsparung bei den Lizenzkosten betragen in der Regel ca. 50 Prozent.
- Hinzu kommen deutliche Einsparungen im direkten Schulungsaufwand.
- Auch kalkulatorische Kosten können gespart werden, zum Beispiel Zinskosten, Installationsaufwand, Kosten durch unzureichende Kompatibilitäten zwischen einzelnen Softwareversionen oder auch Effizienzverluste bei den Mitarbeitern durch die ungewohnte Bedienungsführung.

Dieses Seminar soll daher Behördenmitarbeitern/innen die Möglichkeit bieten, den alternativen Beschaffungsmarkt in den wichtigsten Facetten genau kennen zu lernen. Das

Seminar richtet sich ausschließlich an Teilnehmer/innen aus Behörden und öffentlichen Institutionen (Dienstlicher Nachweis erforderlich)

Themenüberblick, 09:30 – 17:00 Uhr:

Einführung in das Softwareurheber- und Softwarevertragsrecht

Ein "Softwarelizenzvertrag" – was ist das?

- Eine (gebrauchte) Lizenz – was ist das? – Einführung in das Softwareurheberrecht
- Lizenzarten und Lizenzmodelle – was gibt es!
- Lizenzverstöße – wie schütze ich mich, auch vor ungerechtfertigten Vorwürfen?

Rechtliche Rahmenbedingungen zum Einsatz/Einkauf von gebrauchter Software

- Wesentliche Inhalte der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesgerichtshofs
- Was müssen Sie beachten? Umsetzung der richterlichen Voraussetzungen in der Praxis
- Einkauf von Volumenlizenzen
- Gebrauchte Software im Audit

Gebrauchte Software-Lizenzen –

Beschaffung, Verwaltung und Auditierung

- Bedarfsgerechte Beschaffung – Vor- und Nachteile der Gebrauchtlizenz
- Vermeiden Sie Über-, Unter- und Falschlizenzierung erfolgreich
- Wie beschaffe ich gebrauchte Lizenzen vergabekonform?
- Lizenznachweise – welche Anforderungen müssen erfüllt werden?
- Softwareverteilung, Lizenzschlüssel, erforderliche Kopien – was ist erlaubt?
- Schöpfen Sie Ihre Handlungsspielräume bei Hersteller audits voll aus

Fragen & Antworten / Diskussion

Referent:

Dr. Daniel Taraz, Rechtsanwalt, Jentzsch-IT-Rechtsberatung

Ort:

Das Seminar findet in einem zentral gelegenen Tagungshotel in Bonn statt.

Gebühr:

150,- Euro zzgl. MwSt.

Vergabegesetze der Länder

26. September 2016, Berlin

Die Reformen der Landesvergabegesetze in den vergangenen Jahren sind aus entwicklungspolitischer und vergaberechtlicher Sicht weit fortgeschritten. Vergabegesetze mit – mehr oder weniger weitgehenden – sozialen und/oder ökologischen Kriterien gibt es derzeit in 13 Bundesländern. Andere sind auf dem Weg dorthin. Damit ist der Preis von Gütern und Dienstleistungen im öffentlichen Einkauf nicht mehr allein ausschlaggebender Faktor für eine Auftragsvergabe – auch soziale und ökologische Kriterien sowie der faire Handel sollen berücksichtigt werden. In unterschiedlichen Ausformungen sind in den Landesvergabegesetzen wesentliche Änderungen und Verschärfungen gegenüber der bisherigen Rechtslage enthalten; dies betrifft u.a. die Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnungen (Wertgrenzen), Tariftreueerklärung und Mindestlohn, Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen, umweltverträgliche Beschaffung sowie Mittelstandsförderung und Eignungsnachweise. Die teilweise komplexen Vorgaben richten sich sowohl an öffentliche Auftraggeber als auch an Bieter. Insbesondere Regelungen zum Nachunternehmereinsatz, zu der Wertung unangemessen niedriger Angebote und zum Wertungsausschluss erfordern in den sensiblen Bereichen vertiefte Kenntnis. Wir geben Ihnen im Rahmen der Veranstaltung einen Überblick über den aktuellen Stand der Vergabegesetze; Sie erfahren aus erster Hand, welche praktischen Anforderungen die Gesetze bei der Auftragsvergabe an Auftraggeber und Bieter stellt.

Themenüberblick, 09:30 – 17:00 Uhr:

Anwendungsbereiche und Wertgrenzen

- Überblick über aktuelle Wertgrenzenerlasse und Schnittstellen zu VOB/A, VOL, VOF
- Neue Vergabeschwellenwerte

Tariftreue und besondere Mindestentgelte

Wertung unangemessener niedriger Angebote

- Welche Aufklärungspflichten bestehen?

Umgang mit Erklärungen und Nachweisen und Präqualifikation**Grundsatz der Mittelstandsförderung**

- Gesamtvergabe vs. Losvergabe

Umsetzung der umweltverträglichen Beschaffung und Energieeffizienz

- Gestaltung der Vergabeunterlagen und Wertungsmatrizen
- Mindest- und Zuschlagskriterien

Welche sozialen Kriterien finden Berücksichtigung?**Beachtung von ILO-Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen****Einhaltung vergaberechtlicher Grundsätze unterhalb des EU-Schwellenwertes aufgrund gesetzlicher Verpflichtung****Synopse zum Stand der Tariftreue- und Vergabegesetze in den Bundesländern****Landeskorrupsionsregister**

- Inhalt des Registers
- Vergabesperren und deren vergaberechtliche Wirksamkeit und Umfang
- Verpflichtung zur Registerabfrage
- Rechtsschutz der Bieter

Aktuelle Rechtsprechung von Vergabeprüfstellen, -kammern und -senaten**Referent:**

Rechtsanwalt **Bastian Haverland**, LEINEMANN PARTNER
RECHTSANWÄLTE

Ort:

Kanzlei LEINEMANN PARTNER RECHTSANWÄLTE

Friedrichstr. 185/190, 10117 Berlin

Hinweise zur Anfahrt finden Sie unter: www.leinemann-partner.de

Gebühr:

450,- Euro zzgl. MwSt.

Vergabe und Gestaltung von Wartungsverträgen

27. September 2016, Berlin

Bei steigenden Bewirtschaftungskosten erfährt der Gedanke einer Kostenbetrachtung von Immobilien über ihren "Lebenszeitraum" zunehmende Bedeutung. Die Wartung der technischen Gebäudeausrüstung übernimmt dabei eine zentrale Rolle bei der Verbrauchsoptimierung und Störungsvermeidung. Die Wartungsleistungen muss der öffentliche Auftraggeber unter Beachtung des Vergaberechts beauftragen, entweder an den Anlagenerrichter oder an Dritte. Dabei gibt er im Rahmen des Vergabeverfahrens auch den Vertragsinhalt und damit die zivilrechtlichen Regelungen des Wartungsvertrags vor. Das Seminar erstreckt sich auf folgende Schwerpunkte:

I. Vergabe

- Vertragsarten, Rechte und Pflichten der Vertragsparteien
- Durchführung der Vergabe

II. Vertragsgestaltung

- Vertragsbestandteile und technische Regelwerke
- Leistungsbeschreibung
- Dokumentations-, Beratungs- und Warnpflichten des AN
- Vergütungsregelung und Nebenkosten
- Vertragslaufzeit, Abnahme und Kündigung

III. Vertragsabwicklung

- Nachtragsvergütung für geänderte und zusätzliche Leistungen
- Behinderungen, Unterbrechungen und ihre Folgen
- Verzug des Auftragnehmers
- Mängelansprüche, Haftung und Verjährung

Öffentliche Auftraggeber und Bieter erhalten einen Überblick der maßgeblichen Regelungen sowie Entscheidungshilfen für die tägliche Praxis. Herr Rechtsanwalt Armin Preussler von Leinemann Partner Rechtsanwälten wird in diesem Seminar auf die Fragen und konkreten Problemstellungen der Teilnehmer eingehen.

Seminarzeiten:

09:30 – 17:00 Uhr

Referent:

Armin Preussler, Rechtsanwalt, LEINEMANN PARTNER
RECHTSANWÄLTE

Ort:

Kanzlei LEINEMANN PARTNER RECHTSANWÄLTE
Friedrichstr. 185/190, 10117 Berlin
Hinweise zur Anfahrt finden Sie unter: www.leinemann-partner.de

Gebühr:

450,- Euro zzgl. MwSt.

Top 10 des Vergaberechts

Lösungen zu den 10 praxisrelevantesten

Problemkreisen unter besonderer Berücksichtigung der neuen Gesetzeslage

28. – 29. September 2016, Hamburg

Öffentliche Auftraggeber wie Bieter sehen sich bei der Vorbereitung bzw. Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen mit immer wiederkehrenden Fragestellungen konfrontiert. Ursache hierfür ist die große Komplexität an Regelungen und Rechtsprechung, die es in der Zwischenzeit zu beachten gilt und die – wie in fast in keinem anderen Rechtsgebiet – einem enormen Wandel unterworfen ist. Die anstehende Novellierung der EU-Vergaberichtlinien sei hier nur beispielhaft genannt. Eine sichere Navigation durch den vergaberechtlichen Dickicht und dessen Fallstricke wird für den Praktiker somit immer schwieriger.

Das Seminar soll den Teilnehmern als Orientierungshilfe dienen, indem es – neben der Vermittlung von Grundstrukturen – die klassischen Problemfelder im Vergaberecht ins Visier nimmt und unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung Lösungsansätze anbietet. Dabei sollen Probleme auf Seiten der Bieter und der öffentlichen Auftraggeber gleichermaßen besprochen werden. Von der richtigen Wahl der Verfahrensart bis zu Fragen des Rechtsschutzes. Das Seminar eignet sich daher sowohl für Vertreter der Privatwirtschaft wie für die öffentliche Hand. Der vergaberechtliche Neuling erhält einen umfassenden Überblick über die vergaberechtlichen Untiefen, der erfahrenere Praktiker wird hinsichtlich der bekannten Problemfelder auf den neuesten Stand gebracht.

Themenüberblick, 10:00 – 17:30 Uhr

1. Ausnahmen vom Vergaberecht

- Inhouse-Geschäfte
- Dienstleistungskonzessionen
- Kommunale Grundstücksverkäufe
- Interkommunale Kooperationen
- Vertragsverlängerungen und -änderungen

2. Wahl der Verfahrensart

- Überblick über die Verfahrensarten
- Praxisbeispiele zur Zulässigkeit nichtoffener Verfahren und Verhandlungsverfahren

3. Bieterernennung

- Richtige Abgrenzung von Eignungs- und Leistungskriterien
- Zulässige Einbeziehung der Eignung von Subunternehmen

4. Teilnahmewettbewerb

- Bewertungs- und Ausschlusskriterien im Teilnahmewettbewerb
- Praxistipps zur Vorbereitung und Durchführung

5. Leistungsbeschreibung

- Leistungsbestimmungsrecht versus produktneutrale Ausschreibung
- Funktionaler und nichtfunktionale Anforderungen

6. Projektanten und Newcomer

- Rechtssichere Beteiligung von Bietern mit Vorkenntnissen
- Einbeziehung von Marktneulingen – Chancen und Risiken
- Steuerungsmöglichkeiten bei der Berücksichtigung von Newcomern

7. Unvollständige Angebote

- Aufklärungspflichten des Auftraggebers
- Was darf der Auftraggeber nachfordern?

8. Rahmenvereinbarungen

- Rahmenvertragstypen
- inhaltliche Anforderungen und mögliche Stolperfallen
- Spielräume bei den Laufzeiten

9. Bewertungsmethoden

- Überblick über die Bewertungsmethoden

10. Zuschlag und Rechtsschutz

- Richtiger Umgang mit Bieterfragen und "Rügen"
- Rechtsfolgen von Zuschlagsverzögerungen
- Primär- / Sekundärrechtsschutz

Referent:

Dr. Lars Hettich, Rechtsanwalt, Kanzlei LLR LegerlotzLaschet Rechtsanwälte

Ort:

Das Seminar findet in einem zentral gelegenen Tagungshotel in Hamburg statt.

Gebühr:

950,- Euro zzgl. MwSt.

Vergabe von Dienstleistungskonzessionen

28. September 2016, Berlin

Mit der Richtlinie 2014/23/EU wurde auf europäischer Ebene erstmals ein sekundärrechtliches Regelwerk für die Vergabe von Konzessionen geschaffen. Nachdem das EU-Recht die Vergabe von Konzessionen bislang nur rudimentär regelte, hat der Richtliniengeber den Kreis der EU-Vergaberichtlinien nun um ein Sondervergaberecht für den Konzessionsbereich erweitert. Auf nationaler Ebene wurden die Bestimmungen der Richtlinie mit einer eigenständigen Rechtsverordnung, der Konzessionsvergabeverordnung, umgesetzt. Diese ist rechtzeitig mit Ablauf der Umsetzungsfrist am 18. April 2016 in Kraft getreten und gibt nunmehr verbindliche Regeln für die Vergabe von Konzessionen vor.

Mit der neuen Konzessionsvergabeverordnung werden sich Auftraggeber wie Bieter bei der Vergabe von Konzessionen gewandelten Herausforderungen stellen müssen. Das Seminar wird sich mit den neuen Regeln für die Konzessionsvergabe befassen und diese auf der Grundlage der Richtlinie 2014/23/EU und der neuen Konzessionsvergabeverordnung beleuchten. Insbesondere werden Abweichungen zum allgemeinen Vergaberecht aufgezeigt und die Eigenheiten des Verfahrens zur Konzessionsvergabe untersucht. Im Mittelpunkt wird die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen stehen; soweit es sich anbietet, wird aber auch auf die Vergabe von Baukonzessionen eingegangen.

Themenüberblick, 09:30 – 17:30 Uhr:

Ausgangssituation: Konzessionsvergabe bisher

- Spezifisches Konzessionsvergaberecht
- Allgemeine Grundsätze des Vergaberechts
- Offene Fragen

Anwendungsbereich des neuen Konzessionsvergaberechts

- Persönlicher Anwendungsbereich
- Sachlicher Anwendungsbereich

Schwellenwert

Ausnahmetatbestände

- Verbundene Unternehmen
- Öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit
- Weitere Ausnahmen

Verfahrensregeln

- Bekanntmachungspflicht
- Gestaltung des Vergabeverfahrens
- Eignungsanforderungen
- Zuschlagskriterien
- Einbindung von Drittunternehmen
- Vertragslaufzeit
- Dokumentation des Verfahrens

Vorgaben für die Vertragsdurchführung

- Nachträgliche Vertragsänderungen
- Kündigung

Rechtsschutz

Referent:

Dr. Sebastian Conrad, Rechtsanwalt, Sozietät Gleiss Lutz

Ort:

Das Seminar findet in einem zentral gelegenen Tagungshotel in Berlin statt.

Gebühr:

300,- Euro zzgl. MwSt.

Inhouse-Vergaben: Rechtssichere Auftragserteilung nach aktueller Rechtsprechung und neuer Vergaberichtlinie

30. September 2016, Hamburg

Wer öffentliche Gelder verwaltet, ist bei allen daraus finanzierten Beschaffungsvorhaben dem förmlichen Vergaberecht unterworfen. Grundsätzlich unterliegen auch Auftragsvergaben zwischen öffentlichen Körperschaften und öffentlichen Unternehmen den Vergabevorschriften.

Eine Inhouse-Vergabe ohne vorheriges Ausschreibungsverfahren ist auf innerstaatliche Beschaffungsvorgänge und hoheitliche Kooperationsverhältnisse beschränkt. Dennoch kommt es immer wieder zu Zweifelsfragen insbesondere dort, wo rein öffentliche Unternehmen auch eine echte wettbewerbliche Tätigkeit auf dem Markt wahrnehmen und an anderer Stelle ohne Ausschreibung beauftragt werden sollen. Auch sind in letzter Zeit gewisse Lockerungstendenzen in der Rechtsprechung festzustellen. Schließlich ist mit dem Inkrafttreten der neuen EU-Vergaberichtlinie erstmals eine positiv-rechtliche Definition für Inhouse-Vergaben entstanden, die tatsächlich die Möglichkeiten etwas erweitert. Dieses Seminar hilft bei der Verortung des aktuellen Stands der Rechtslage für Inhouse-Vergaben und zeigt die neuesten Entwicklungen und Möglichkeiten auf, die die Rechtsprechung und die EU-Vergaberichtlinie 2014 ermöglichen. Das Seminar richtet sich besonders an öffentliche Auftraggeber und öffentliche Unternehmen sowie Privatunternehmen, die im Wettbewerb mit öffentlichen Unternehmen stehen.

Themenüberblick, 10:30 – 14:30 Uhr:

I. Der Inhouse-Tatbestand und seine rechtssichere Umsetzung

- Eigenerbringung und Privatisierungen
- Notwendige Kontrolle und deren Sicherstellung bei verschiedenen Gesellschaftsformen
- Inhouse-Vergabe im kommunalen Konzern
- Beteiligung Privater und Veräußerung von Gesellschaftsanteilen
- Umgehungsverbote
- Zulässiger Umfang von Drittgeschäften
- Vergaberechtskonforme Ausgestaltungen in der Praxis

II. Neues zur Interkommunalen Kooperation

- Bisheriger Status quo
- Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung seit "Stadtreinigung Halle"
- Neue Ausnahmetatbestände
- Konkrete Anwendungsfälle und Umsetzung

III. Erweiterte Möglichkeiten durch die neue EU-Vergaberichtlinie seit 2014

Referent:

Rechtsanwalt **Bastian Haverland**, LEINEMANN PARTNER
RECHTSANWÄLTE

Ort:

Kanzlei LEINEMANN PARTNER RECHTSANWÄLTE
Ballindamm 7, 20095 Hamburg

Hinweise zur Anfahrt finden Sie unter: <http://www.leinemann-partner.de>

Gebühr:

300,- Euro zzgl. MwSt.

Allgemeine Informationen und Organisatorisches

Anmeldung

Bitte melden Sie sich schriftlich an, denn eine Anmeldung online unter www.fuehrungskraefte-forum.de oder mit dem beigefügten Fax-Formular ist Voraussetzung zur Teilnahme. Alternativ besteht auch die Möglichkeit, sich per E-Mail an praxisseminare@behoerderspiegel.de oder per Post an Behörden Spiegel, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn anzumelden.

Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie nach kurzer Eingangsprüfung eine Anmeldebestätigung per E-Mail mit ausführlichen Informationen auch zum Veranstaltungsort. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Zusagen erfolgen deswegen in der Reihenfolge der Anmeldungen. Sollte die Veranstaltung bereits ausgebucht sein, werden Sie ebenfalls umgehend informiert.

Teilnahmegebühr

Die Teilnahmegebühr versteht sich zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer und beinhaltet Mittagessen, Erfrischungs- und Pausengetränke und umfangreiche Seminar-/Arbeitsunterlagen. Übernachtungen im jeweiligen Tagungshotel sind in der Gebühr nicht enthalten. Die Teilnahmegebühr stellen wir kurz vor Beginn des Seminars postalisch in Rechnung.

Stornierung/Umbuchung/Vertretung

Bei Stornierung oder Umbuchung der Anmeldung bis eine Woche vor Veranstaltungsbeginn wird eine Bearbeitungsgebühr erhoben. Danach oder bei Nichterscheinen des Teilnehmers wird die gesamte Tagungsgebühr berechnet. Selbstverständlich ist eine Vertretung des angemeldeten Teilnehmers kostenfrei möglich.

Hotelreservierung

In der Regel finden unsere Praxisseminare in einem Tagungshotel statt. Falls Sie im Tagungshotel übernachten möchten, buchen Sie bitte selbst ein Zimmer.

Inhouse-Seminare

Unsere Seminare und Konferenzen können auch als behörden- oder firmeninterne Schulungen durchgeführt werden. Vorteile sind neben einer Minimierung der Arbeitsabwesenheit der Mitarbeiter und keinen anfallenden Reise- und Übernachtungskosten vor allem eine individuelle, bedarfsorientierte Gestaltung der Seminarinhalte. Der Behörden Spiegel unterstützt und berät Sie gerne bei der Konzeption maßgeschneiderter Programme und bei der Planung von Inhouse- bzw. geschlossenen Seminaren und Schulungen. Senden Sie Ihre Anfrage bitte an: praxisseminare@behoerdenspiegel.de

In der Teilnehmergebühr ist ein Abonnement der Fachzeitschrift Behörden Spiegel sowie des Newsletters, die Sie über die Fortentwicklung der Tagungsinhalte kontinuierlich informieren, enthalten. Das Jahresabonnement verlängert sich nicht kostenpflichtig. Bitte beachten Sie unter www.fuehrungskraefte-forum.de unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Ansprechpartnerin für organisatorische Fragen

Ilona Plato, Veranstaltungsmanagement

Tel.: +49(0)228-97097-84

Fax: +49(0)228-97097-78

E-Mail: ilona.plato@behoerdenspiegel.de

Anmeldung

per Fax an die Behörden Spiegel-Gruppe: +49(0)228-97097-78

Teilnehmer: Name, Vorname

Position

Behörde/Unternehmen

Straße/Postfach PLZ/Ort

Telefon/Fax

Personalisierte E-Mail (zur Bestätigung der Anmeldung)

Seminartitel, Datum, Ort

Rechnungsempfänger (falls abweichend):

Behörde/Unternehmen

Name, Vorname

Ihr Bestellzeichen

Straße/Postfach PLZ/Ort

Alternative E-Mail zur Bestätigung der Anmeldung

Mit Absenden der Anmeldung erkläre ich mich mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters einverstanden.

Datum/Unterschrift